



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

REX/227
"Beziehungen EU/Japan"

Brüssel, den 16. Februar 2007

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema

"Beziehungen EU/Japan: Die Rolle der Zivilgesellschaft"
(Initiativstellungnahme)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss am 17. Januar 2007, gemäß Artikel 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine Initiativstellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten:

"Beziehungen EU/Japan: Die Rolle der Zivilgesellschaft".

Mit Schreiben vom 6. April 2006 befürwortete Frau FERRERO-WALDNER, für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik zuständiges Kommissionsmitglied, diese Initiative.

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 24. Januar 2007 an. Berichterstatterin war Frau PÄÄRENDSON.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 433 Plenartagung am 15./16. Februar 2007 (Sitzung vom 16. Februar) mit 112 gegen 3 Stimmen bei 28 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. Zusammenfassung und Empfehlungen

- 1.1 Der Ausschuss wurde von der Europäischen Kommission ersucht, die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Japan zu untersuchen und Wege aufzuzeigen, wie die Europäische Union (EU) und Japan zusammenarbeiten könnten, um die Beziehungen EU/Japan weiter zu stärken.
- 1.2 Die EU und Japan teilen viele gemeinsame Werte und Interessen. Auf offizieller Ebene hat sich bereits in vielen Bereichen eine gut funktionierende Zusammenarbeit entwickelt.
- 1.3 Das Interesse Japans an regionaler Zusammenarbeit nach dem Modell der "funktionalen Integration" gewinnt zunehmend an Bedeutung.
- 1.4 Die Zivilgesellschaft in Japan nimmt eine immer wichtigere Rolle ein, auch wenn sie sich überwiegend mit lokalen und regionalen Themen befasst.
- 1.5 Derzeit bestehen in relativ wenigen Bereichen enge Kontakte zwischen der Zivilgesellschaft der EU und Japans, obgleich die zunehmende Anerkennung gemeinsamer Herausforderungen zeigt, dass es an der Zeit ist, die Kontakte auszubauen.
- 1.6 Es wird eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, mehr und engere Kontakte zu knüpfen, wobei von entscheidender Bedeutung sein wird, die geeignetsten Partner zu finden.
- 1.7 Als erster wichtiger Schritt könnte ein Treffen veranstaltet werden, um gemeinsame Probleme zu erkennen und zu erwägen, wie man deren Bewältigung in Angriff nehmen kann.

- 1.8 Geeignete Organisationen der Zivilgesellschaft beider Seiten sollten regelmäßig bei Einladungen zu sie betreffenden Seminaren und ähnlichen Veranstaltungen berücksichtigt werden.
- 1.9 Im Laufe der Zeit könnte ein strukturierterer Dialog in Form eines Diskussionsforums ins Auge gefasst werden.
- 1.10 Die zwei Europäischen Institute (im Folgenden: EU-Zentren) in Japan bieten bereits jetzt eine Grundlage für Netzwerke und Partnerschaften.
- 1.11 Die benötigten finanziellen Mittel dürften durch die verstärkte Nutzung solcher Technologien wie Videokonferenzen und Sprachtelefonie über das Internet-Protokoll gering gehalten werden.

2. **Einleitung**

- 2.1 Angesichts der zunehmenden früheren Kooperation beschlossen die EU und Japan im Jahre 2001, ein Jahrzehnt der Zusammenarbeit EU/Japan unter dem Motto "Unsere gemeinsame Zukunft gestalten" zu initiieren¹. Dieser Aktionsplan ist in vier Kapitel ("Zielsetzungen") unterteilt. Die letzte Zielsetzung (Ziel IV), die "Annäherung der Völker und der Kulturen", beinhaltet die "Entwicklung von Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften und die Förderung des interregionalen Austausches". Von Bedeutung ist ebenfalls das Ziel III ("Bewältigung globaler und gesellschaftlicher Herausforderungen").
- 2.2 Aktuelle, für die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften wichtige Ereignisse waren das äußerst erfolgreiche EU/Japan-Jahr 2005 "Year of people-to-people exchanges", die Einrichtung zweier EU-Zentren in Japan² in der Region Tokio³ und in Kansai⁴ sowie die Veranstaltung eines gemeinsamen Symposiums im April 2005 in Brüssel zur Beratung über die bisherige Umsetzung des Aktionsplans "Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft" sowie darüber, wie der Aktionsplan angesichts der veränderten Lage in Japan, der EU und in anderen Teilen der Welt möglicherweise geändert werden muss.
- 2.3 Mit dieser Stellungnahme sollen die Entwicklung der Zivilgesellschaft Japans untersucht und Wege aufgezeigt werden, wie die Zivilgesellschaft der EU, insbesondere der EWSA, mit der

¹ "Unsere gemeinsame Zukunft gestalten". Ein Aktionsplan für die Zusammenarbeit EU/Japan; Gipfeltreffen EU/Japan, Brüssel, 2001.

² Die EU-Zentren werden von der EU finanziert und haben die Aufgabe, die Bewusstseinsluft zwischen Japan und der EU zu überbrücken und Studenten aller Fachrichtungen Wissen über die Europäische Union zu vermitteln.

³ Beteiligte Institutionen: die Universität Hitotsubashi, die Internationale Christliche Universität, die Universität für ausländische Studien in Tokio sowie das Tsuda College (<http://www.euji-tc.org>).

⁴ Beteiligte Institutionen: Universität Kobe, Kwansai-Gakuin-Universität und die Universität Osaka (http://euji-kansai.jp/index_en.html).

japanischen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten könnte, um die Beziehungen EU/Japan weiter zu stärken⁵.

- 2.4 Der Ausschuss definiert den Begriff "Zivilgesellschaft" folgendermaßen: "Gesamtheit aller Organisationsstrukturen, deren Mitglieder (...) dem allgemeinen Interesse dienen und welche auch als Mittler zwischen öffentlicher Gewalt und den Bürgern auftreten."⁶

3. Allgemeiner Kontext

- 3.1 Japan ist ein wichtiger Akteur in Ostasien, einer Region mit wachsender wirtschaftlicher Bedeutung, in der sich die regionale Zusammenarbeit schnell entwickelt, jedoch auch die Sicherheitsbelange immer wichtiger werden. Da für die EU die Region Ostasien, einschließlich China, zunehmend an Bedeutung gewinnt, würde eine engere Beziehung EU/Japan einen Ausgleich darstellen und eine verstärkte Zusammenarbeit in regionalen Fragen beinhalten⁷.
- 3.2 Japan ist auch ein strategischer Partner der EU. Auch wenn sich Europa und Japan in entgegengesetzten Teilen der Welt befinden und ihre Kulturen vielschichtig und sehr unterschiedlich sind, haben beide viel gemeinsam. Sie sind bedeutende Wirtschaftseinheiten, die ihre internationale Rolle verstärken wollen. Sie teilen viele Grundwerte und haben viele gemeinsame Interessen und Probleme. Beide sind demokratische Gesellschaften. Es liegt im gegenseitigen Interesse, die Beziehungen und das gegenseitige Verständnis zu konsolidieren und zu vertiefen.
- 3.3 Aus wirtschaftlicher Sicht ist Japan mit 6,6% der fünftgrößte Exportmarkt der EU, während die EU für Japan den zweitgrößten Exportmarkt darstellt. Japan hat eine jährliche BIP-Wachstumsrate von ca. 2,7% und eine Arbeitslosenquote von ca. 4,5%. Japan stellt etwa 14% des BSP der Welt (China: 3,4%) und hat ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von \$ 32 230 (China: \$ 780).
- 3.4 In früheren Phasen der Zusammenarbeit wurde dem Handel und anderen Wirtschaftsfaktoren die größte Bedeutung beigemessen, darunter auch erheblichen beiderseitigen Auslandsinvestitionen. Für beide Seiten sind Wirtschaftsreformen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt notwendig, während sie sich auf ihre eigenen Sozialmodelle stützen und auf nachhaltiges Wachstum setzen.

⁵ Siehe das Schreiben D/06/468 von Kommissionsmitglied FERRERO-WALDNER vom 6. April 2006.

⁶ Für eine ausführlichere Definition siehe KOM(2005) 290.

⁷ Es gibt bereits eine beträchtliche Anzahl regionaler Gremien, von denen einige auch eine europäische Beteiligung vorsehen. Als wichtige Beispiele seien das Asien-Europa-Treffen (ASEM) und die Asien-Europa-Stiftung (ASEF) genannt. Die Einbindung in solche Gremien könnte den Nutzen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit EU/Japan weiter erhöhen.

- 3.5 Es gibt bereits viele Bereiche, in denen die Zusammenarbeit EU/Japan gut funktioniert. Zum Beispiel gibt es ständige Diskussionsforen zu Themen wie Industriepolitik, Wissenschaft und Technologie, Informationstechnologie, Beschäftigung und Soziales, elektronischer Handel, Forschung, Entwicklungshilfe und Umweltschutz. Die japanischen Sozialpartner haben 2006 zunehmendes Interesse an Praktiken der sozialen Verantwortung der Unternehmen gezeigt. Ferner werden im Rahmen des Reformdialogs zwischen der EU und Japan zu Regelungsfragen (der vor ca. 12 Jahren aufgenommen wurde) alle regulatorischen Fragen zusammenhängend behandelt. Einzelheiten zu einigen Programmen sind in Anhang I dargestellt. In den Dialog sind etliche Generaldirektionen der Europäischen Kommission und auch Mitgliedstaaten der EU einbezogen.
- 3.6 In Japan entwickelt sich allmählich etwas, was man mit "Gefühl der Nähe" zu Europa bezeichnen könnte. Jedoch kennt man dort die kürzlich beigetretenen Mitgliedstaaten nach wie vor wenig.

4. **Entwicklung der Zivilgesellschaft**

- 4.1 Wie bereits erwähnt, sind Kultur und soziale Bedingungen in Japan⁸ und der EU sehr verschieden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich auch die Organisationen der Zivilgesellschaft Japans unterscheiden. Der deutlichste Unterschied besteht darin, dass in Japan bis vor kurzem der Staat eine relativ dominante Rolle bei der Gestaltung der Zivilgesellschaft innehatte. Die Organisationen (außer den Sozialpartnern) mussten von den Behörden genehmigt werden und standen dann unter deren Aufsicht.
- 4.2 Dies wurde von der Öffentlichkeit akzeptiert, da die Kombination einer elitären zentralen Bürokratie mit den Interessen der wichtigsten Industrievertreter (unterstützt durch das Parlament) schnelle und effiziente politische Entscheidungen und deren Umsetzung ermöglichte. Dies alles trug zu einem Wirtschaftswachstum bei⁹. Unter diesen Bedingungen war die Rolle der Zivilgesellschaft in der Gesellschaft sehr eingeschränkt. Begriffe wie Zivilgesellschaft, Governance und Rechenschaftspflicht waren zu jener Zeit nicht verbreitet.
- 4.3 Ende der 80er Jahre kam es zum Platzen der so genannten "Seifenblasenwirtschaft". Dies führte zur Periode der Deflation und wirtschaftlichen Stagnation, die erst jüngstens überwunden wurde. In den 90er Jahren gab es dann mehrere Skandale, in die leitende Beamte verwickelt waren, wodurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Vorherrschaft des Staates und der Interessen der wichtigsten Industrievertreter zu schwinden begann. Dies und die schlechte Durchführung der Rettungs- und Wiederaufbauarbeiten nach dem Großen Hanshin-Awaj-Erdbeben in Kobe 1995 zeigten der Öffentlichkeit die Effizienz (und das Potenzial) einiger Organisationen

⁸ Die japanische Kultur blickt auf eine sehr lange Geschichte zurück und ist stark durch den Umstand geprägt, dass das Land jahrhundertlang vom Rest der Welt abgeschnitten war.

⁹ Dieser Erfolg führte zu einer 'Output-Legitimität', bei der sich die Legitimität auf die Leistung bei der Umsetzung der Ziele stützte, während die 'Input-Legitimität', die auf dem demokratisch-partizipatorischen Prozess beruht, benachteiligt wurde.

der Zivilgesellschaft. Als Folge wurde 1998 ein neues Gesetz "Über gemeinnützige Organisationen" (NPOs) angenommen, mit dem man anerkannte, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle beim verantwortungsvollen Regieren wahrnehmen können¹⁰. Durch dieses Gesetz wurden viele Hindernisse für die Entwicklung von NPOs und die lästige bürokratische Beaufsichtigung größtenteils beseitigt. Dies war eine der Veränderungen, die der japanischen Gesellschaft und Politik weniger Regulierung und Zentralisierung brachte.

- 4.4 Diese Ereignisse leiteten einen Wandel in der Zivilgesellschaft ein. Die Anzahl der Organisationen erhöht sich relativ schnell, wobei der größte Zuwachs bei denjenigen Gruppen zu verzeichnen ist, die starken Wert auf ihre Unabhängigkeit von den Behörden legen. In Japan wird nun die Frage diskutiert, wie alle Möglichkeiten, die der japanischen Gesellschaft zur Verfügung stehen, besser genutzt werden können. Dadurch werden die Bedeutung und der Einfluss der organisierten Zivilgesellschaft steigen. Man beginnt, den Prozess der partizipatorischen Demokratie besser zu verstehen, und alle Entwürfe von Rechtsvorschriften sind nun für Anmerkungen im Internet zugänglich. Dennoch werden die Entscheidungen nach Angaben der Organisationen der Zivilgesellschaft nicht of genug von der Meinung der Zivilgesellschaft (mit Ausnahme der Sozialpartner) beeinflusst.
- 4.5 In der Diskussion über die japanische Zivilgesellschaft wird diese meist in zwei wesentliche Gruppen eingeteilt. Erstens gibt es die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), die im Wesentlichen im Bereich Entwicklung und humanitäre Maßnahmen für Drittländer tätig sind. Sie werden zum großen Teil von der Regierung (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) finanziert. Sie arbeiten eng mit den Behörden zusammen, die für die Programme der Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) verantwortlich sind, und treffen sich regelmäßig mit der Regierung zwecks Förderung des engen Dialogs und der Zusammenarbeit. Ihre Finanz- und Humanressourcen sind jedoch nach wie vor eingeschränkt.
- 4.6 Außerdem gibt es die gemeinnützigen Organisationen (NPOs), die in den verschiedensten Bereichen tätig sind. Zu ihnen gehören die Sozialpartner, Handels- und Berufsverbände sowie Organisationen, die in den Bereichen Umwelt, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Kultur u.a. tätig sind. Diese Beteiligten werden in dem beginnenden sozialen Dialog in japanischen Unternehmen und Unternehmen mit Auslandsinvestitionen über ihre soziale Verantwortung eine zunehmende Rolle spielen, wobei der Grundsatz der Freiwilligkeit beachtet wird. Ferner kommt Organisationen des Gesundheitswesens eine äußerst wichtige Rolle zu. Manchmal können diese eine staatliche Unterstützung erhalten. Sehr viele dieser Organisationen befassen sich vorrangig mit der Lösung lokaler und regionaler Probleme, wobei sie zugunsten der örtlichen Bevölkerung arbeiten. Folglich gibt es weniger gemeinnützige Organisationen auf nationaler Ebene.
- 4.7 Die Jugend wird auch gut durch Studenten- und andere Organisationen vertreten.

10

Aus japanischer Sicht gab es auch in der EU Krisen, wie z.B. die Ereignisse, die zum Rücktritt der SANTER-Kommission führten, in einer Zeit, als es zu einem Umdenken bezüglich des verantwortungsvollen Regierens in der EU kam, was schließlich zu einer größeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft der EU in den Politikprozess führte.

5. Aktuelle Kontakte zwischen der organisierten Zivilgesellschaft Japans und der EU

5.1 Während zwischen den Behörden der EU und Japans zahlreiche und regelmäßige Kontakte bestehen (s.o. Ziffer 3.5 und Anhänge), deren Bedeutung regelmäßig von den Spitzenpolitikern beider Seiten hervorgehoben wird, sind die Beziehungen zwischen den meisten Organisationen der Zivilgesellschaft bedeutend schwächer. Dennoch bestehen in einigen Bereichen bereits feste und aktive Verbindungen.

5.2 Sozialpartner

Arbeitgeber - Nippon Keidanren (der Japanische Unternehmerdachverband) ist eine übergreifende Wirtschaftsorganisation, die im Mai 2002 durch Zusammenschluss von Keidanren (Japanische Vereinigung der Wirtschaftsorganisationen) und Nikkeiren (Japanische Vereinigung der Arbeitgeberverbände) entstand. Zu seinen 1 662 Mitgliedern gehören 1 351 Unternehmen, 130 Industrieverbände sowie 47 regionale Wirtschaftsorganisationen (Stand vom 20. Juni 2006).

Die Gewerkschaften sind sowohl hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl als auch ihrer Ressourcen relativ schwach. Etwa 20% der Arbeitnehmer sind Gewerkschaftsmitglieder. Etwa zwei Drittel davon gehören der größten Gewerkschaftsorganisation (RENGO¹¹) an. RENGO hat ein Büro in Brüssel. Die Organisation hat Zugang zu vielen Informationen des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) und schickt oft Vertreter zu Gewerkschaftssitzungen in den Mitgliedstaaten.

5.3 In den letzten zehn Jahren fand jährlich das europäisch-japanische Diskussionsforum "EU/Japan Business Dialog Roundtable" (Arbeitgeber) statt, um über die Möglichkeiten der Verbesserung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und zunehmend auch über globale Themen wie Energie zu beraten. Die Empfehlungen des Forums werden den Spitzenpolitikern, die bereit sind, diese zu berücksichtigen, auf dem jährlichen bilateralen Gipfeltreffen EU/Japan vorgelegt. Ferner stehen Unternehmensverbände der EU und Japans bereits im Dialog zu einem breiten Spektrum von Themen.

5.4 Angesichts weltweiter Probleme wie Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung finden bereits seit sechs Jahren Treffen der Verbraucherorganisationen der EU und Japans statt. Andere Beispiele für die Zusammenarbeit sind jährliche Dialoge von Journalisten, Bürgerbewegungen, NGOs und Umweltschützern. Außerdem gibt es bereits eine Zusammenarbeit im akademischen Bereich zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstituten, die seit der jüngsten Gründung zweier EU-Institute in Japan vertieft wird. Die akademischen Einrichtungen Japans haben besonders enge Verbindungen untereinander und mit solchen Einrichtungen in der EU.

¹¹ RENGO gehören 6.500.000 Arbeitnehmer an (Stand Juni 2006).

- 5.5 Da für eine bessere gegenseitige Verständigung persönliche Kontakte erforderlich sind, haben die EU und Japan vereinbart, das Jahr 2005 zum Jahr des Austauschs zwischen den Menschen (People to People Exchange) zu erklären. Dies war ein erfolgreiches Programm, in dessen Rahmen ca. 1 900 Veranstaltungen stattfanden. Gegenwärtig wird über die Fortsetzung des Programms beraten. Nun gilt es als Herausforderung, das Erreichte beizubehalten und darauf aufzubauen.
- 5.6 Die aktuellen Kontakte sind sehr nützlich und zeigen, dass es möglich ist, dauerhafte Beziehungen in Bereichen aufzubauen, in denen vor dem Hintergrund der sich verändernden Welt klare gemeinsame Aufgaben bestehen, die eine globale Herangehensweise und Standards sowie Wettbewerbsfähigkeit erfordern. Dies betrifft die nachhaltige Entwicklung (insbesondere Energiesicherheit, "grüner Einkauf"¹² und natürliche Ressourcen), Entwicklungshilfe (die EU und Japan sind die weltweit größten Geldgeber), Überalterung der Bevölkerung (mit den Auswirkungen auf die Renten, die Gesundheitsversorgung und soziale Hilfe), Immigration, Arbeiten in multiethnischen Gesellschaften, Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben sowie Beschäftigungsprobleme. Auch in den Bereichen Soziale Verantwortung der Unternehmen und ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen werden die gemeinsamen Interessen immer deutlicher. Ein Meinungsaustausch zu den vorstehenden Themen wäre sachdienlich.
- 5.7 Der EWSA verfügt über informelle Verbindungen zu dem EU-Zentrum in Kansai. Dies sind gegenwärtig seine einzigen Verbindungen, obwohl viele Ausschussmitglieder bereits einige Erfahrungen in der Arbeit mit japanischen Organisationen haben.

6. **Mögliche Maßnahmen zum Aufbau und zur Erhaltung von Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften der EU und Japans**

- 6.1 Angesichts gemeinsamer Herausforderungen ist es klar, dass die Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle sowohl in der EU und in Japan als auch bei gemeinsamen Vorhaben und in den Beziehungen zwischen beiden Seiten wahrnehmen muss. Durch bilaterale Diskussionen und klare Darstellung ihrer Positionen können die Organisationen der Zivilgesellschaft auf den laufenden politischen Prozess zwischen der EU und Japan einwirken. Zweifelsohne gibt es eine Menge Möglichkeiten bedeutend mehr für die Umsetzung der entsprechenden Kapitel des Aktionsplans EU/Japan¹³ durch Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu tun, und durch diese Tätigkeit kann wesentlich zur Schaffung eines zusätzlichen Nutzens in den Beziehungen EU/Japan beigetragen werden.

12 Das System des sogenannten "grünen Einkaufs" (Green purchasing) beinhaltet, dass im öffentlichen Beschaffungswesen ein bestimmter Anteil umweltfreundlicher Produkte erreicht werden muss.

13 Siehe Ziffer 2.1 oben.

- 6.2 Beim Aufbau von Kontakten zwischen der organisierten Zivilgesellschaft Japans und der EU muss als erster Schritt das Ziel verfolgt werden, sich gegenseitig kennen zu lernen und zu verstehen. Dadurch werden Netzwerke geschaffen. Erst dann kann mit einer richtigen Zusammenarbeit begonnen und können die bereits bestehenden festen Verbindungen zwischen den jeweiligen Behörden ergänzt werden. Dies wird kein schneller Prozess sein, es wäre jedoch hilfreich, die Unterstützung der Kommission und der japanischen Behörden für ein erstes Treffen zu erhalten, auf dem gemeinsame Probleme herausgefunden und über das weitere Vorgehen sowie darüber, welche Organisationen am besten als Vertretungen beider Seiten in Frage kämen¹⁴, beraten werden könnte. Nach diesem anfänglichen Treffen sollte mit der konkreten Arbeit, einschließlich mit gemeinsamen Aktionen, begonnen werden. Die Teilnehmer des Treffens sollten Vertreter der Zivilgesellschaft der EU und Japans sein, die eine Grundlage für die weitere Vernetzung bieten könnten. Für die EU sollten der EWSA und die Sozialpartner auf EU-Ebene die Mehrheit der Delegierten für diese Veranstaltung stellen.
- 6.3 Die Kommission sollte die Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft der EU und Japans in alle betreffenden Seminare und ähnliche Veranstaltungen erwägen. Sie sollte auch die japanischen Behörden anregen, ähnlich vorzugehen. Im Laufe der Zeit würde dadurch ein gegenseitiges Verständnis der Partner aufgebaut und ein Netz für alle Arten von Kontakten gebildet. Die Festlegung solcher Veranstaltungen sollte regelmäßig auf der Tagesordnung von gemeinsamen Sitzungen der Kommission und ihrer japanischen Gesprächspartner stehen.
- 6.4 Von entscheidender Bedeutung wird es sein, geeignete Themen für die Diskussionen auszuwählen, an denen Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt werden. Wenn es darum geht, bei offiziellen Treffen festzulegen, zu welchen Themen die Organisationen der Zivilgesellschaft einen nützlichen Beitrag leisten könnten, sollten die Kommission und die japanischen Behörden den EWSA beauftragen, diese Frage zusammen mit den japanischen Partneereinrichtungen zu lösen. Im Rahmen solcher Treffen könnten die Gewerkschaften zum Beispiel die Kernarbeitsnormen der ILO erörtern. Zunächst könnte diese Aufgabe auf Ad-hoc-Basis durchgeführt werden, wobei erwogen werden sollte, kleine beratende Ad-hoc-Gruppen einzurichten¹⁵.
- 6.5 Da die regionale Zusammenarbeit für Japan wachsende Bedeutung haben wird, könnte die organisierte Zivilgesellschaft der EU auch ihre Erfahrung bei der Unterstützung der Integration von Staaten unterschiedlichen Entwicklungsniveaus im Sinne der funktionalen Integration vermitteln. Einige interessante Beispiele könnten auch sein, wie die neueren Mitgliedstaaten funktionsfähige Organisationen der Zivilgesellschaft eingerichtet und es erreicht haben, dass die Behörden diese Organisationen in den Konsultations- und Entscheidungsfindungsprozess einbinden. Der Erfolg der EU beim Abwehren und Abbau potenzieller Riva-

14 Obwohl einige japanische Partner wie das Japanische Zentrum für internationalen Austausch (JCIE) und die EU-Institute in Japan dabei helfen könnten, wird es anfangs auch erforderlich sein, die japanischen Behörden um Rat zu bitten.

15 Ähnlich wie auf anderen Gebieten wird das Problem der Sprachbarrieren bestehen.

litäten und Konflikte könnte ebenfalls ein geeignetes Modell für eine mögliche Unterstützung hinsichtlich regionaler Sicherheitsbelange darstellen.

6.6 Durch die Gründung zweier EU-Zentren in Japan (das EU-Zentrum in Tokio und das EU-Zentrum in Kansai) können Netzwerke aufgebaut und gegenseitiges Verständnis gefördert werden. Dies umfasst u.a. Folgendes:

- Der EWSA könnte als Kontaktstelle zur Unterstützung und Information dienen.
- Er könnte auch Kontakte in der jeweils anderen Region vermitteln.
- Ferner könnte er gegenseitige Einladungen zu geeigneten Seminaren (oder anderen Veranstaltungen) für Redner und Teilnehmer geben.
- Der EWSA könnte auch anbieten, Vorträge zu EU-relevanten Themen zu halten, bei denen er mitwirkt: Entscheidungsprozesse in der EU, die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft in der EU und auf einzelstaatlicher Ebene, die Rolle der Sozialpartner, Umgang von Unternehmen mit der Diskussion und Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften.
- Der EWSA könnte regelmäßig Praktikumsplätze für die EU-Zentren anbieten.

Das EU-Zentrum in Kansai erwägt bereits die Möglichkeit, gemeinsam eine Reihe von Seminaren/Workshops zu spezifischen Themen zu veranstalten. Diesbezüglich bieten sich Themen wie Lebensmittelkennzeichnung, Umweltschutz und Überalterung der Gesellschaft als erste Schwerpunkte an.

6.7 Es sei ebenfalls darauf hingewiesen, dass Universitäten (und ähnliche Einrichtungen) in der japanischen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen und eine weitere Möglichkeit zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft darstellen. Sie können ebenfalls helfen, die Jugend einzubeziehen, der eine wesentliche Rolle zukommt, wenn es um den Aufbau langfristiger Kontakte geht.

6.8 Ferner sollte der Ausschuss die Einsetzung einer kleinen Kontaktgruppe erwägen, die als Kontaktstelle für die japanischen Partner fungiert und diese mit aktuellen Informationen versorgt. Während sich die Zivilgesellschaften langfristig immer besser kennen lernen, sollte erwogen werden, eine Art ständiges Gremium wie etwa ein Diskussionsforum einzurichten.

6.9 Der Kontakt mit dem Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU/Japan sollte erhalten bleiben, damit das Verständnis der Rolle und des Potenzials der Zivilgesellschaft gesichert und auf geeignete Weise zum gemeinsamen Wohl genutzt wird.

- 6.10 Die Finanzierung wird wie überall von entscheidender Bedeutung sein. Jedoch dürften die Kosten solcher Maßnahmen nicht hoch sein, da neuere Technologien wie etwa Videokonferenzen und Sprachtelefonie über das Internet-Protokoll (VoIP-Konferenzschaltungen) in vielen Fällen bei der Kostenreduzierung helfen könnten, vor allem für die Kontakte kleiner Ad-hoc-Gruppen, die eventuell eingerichtet werden.

Brüssel, den 16. Februar 2007

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Dimitris DIMITRIADIS

Patrick VENTURINI

*

* *

NB: Anhang auf folgenden Seiten

Anhang: Spezifische Programme EU/Japan

Die Beziehungen zwischen der EU und Japan beruhen auf einem **strukturierten politischen Dialog**:

- jährliches Gipfeltreffen des Vorsitzenden des Europäischen Rats, des Präsidenten der Europäischen Kommission und des Premierministers Japans;
- halbjährliche Treffen der Außenminister der EU-Troika und des japanischen Außenministers;
- halbjährliche Treffen der EU-Troika und Japans auf der Ebene der politischen Direktoren (hochrangige Beamte der Europäischen Kommission und der Außenministerien der EU-Mitgliedstaaten und Japans).

Im **Bereich Wirtschaft und Soziales** finden folgende wichtigen Aktivitäten statt: "Reformdialog zwischen der EU und Japan zu Regelungsfragen" (1995 aufgenommen), das europäisch-japanische Diskussionsform "EU/Japan Business Dialogue Round Table" (eingerrichtet 1995), das EU/Japan-Symposium, das sich mit Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik befasst (eingeleitet 1991), der Dialog zwischen Verbraucherorganisationen der EU und Japans (initiiert 1999).

1) Wirtschaft

a) **Das EXPROM-Programm**

Das EXPROM-Programm, mit dem europäischer Export gefördert, Chancen für Unternehmen maximiert und maßgeblich zum Erfolg europäischer Unternehmen in der frühen Phase der Marktdurchdringung beigetragen wird, besteht aus drei Säulen: dem Schulungsprogramm "Executive Training Programme für Japan" (ETP), dem EU-Programm zur Förderung des Exports nach Japan "Gateway to Japan" und den EXPROM-Ad-hoc-Maßnahmen.

Schulungsprogramm "Executive Training Programme für Japan"

Das Executive Training Programme (ETP) für Japan wurde 1979 eingeleitet, um europäische Führungskräfte in Japanisch und in der Unternehmenskultur Japans auszubilden. Dieses Programm hat europäischen Führungskräften geholfen, in Japan unternehmerisch tätig zu sein. Die 1 000 Absolventen dieses Schulungsprogramms haben ein effizientes Unternehmensnetzwerk in Japan errichtet.

Das ETP wurde 2005 verbessert. Es handelt sich jetzt um ein zwölfmonatiges Programm, das aus verschiedenen Teilen besteht: einem Intensivkurs in Unternehmensmanagement und in Japanisch sowie einem dreimonatigen Praktikum in einem japanischen Unternehmen. Das Programm zielt hauptsächlich auf europäische Führungskräfte zu Beginn oder in der Mitte ihrer Karriere ab, deren Teilnahme von ihren Unternehmen unterstützt wird.

Exportförderprogramm "Gateway to Japan"

Die Initiative "Gateway to Japan" wurde 1994 eingeleitet, um den Export von Erzeugnissen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) nach Japan zu fördern. Durch dieses Programm wird es europäischen KMU ermöglicht, an Handelsmissionen und Messen in Japan teilzunehmen. Bisher kam dieses Programm ungefähr 2 300 Unternehmen ausgewählter Bereiche zugute. Die Europäische Kommission hat mit Eurochambres, der Vereinigung der Europäischen Industrie- und Handelskammern, einen Vertrag bezüglich der Umsetzung der Kampagne zur Förderung des Japan-Exports in Europa geschlossen. Die Kampagne wird auf europäischer Ebene mittels 25 Koordinatoren der Mitgliedstaaten, hauptsächlich Handelskammern, durchgeführt.

Die große Zufriedenheit mit dem Programm besonders hinsichtlich Export und Beschäftigung veranlasste die Europäische Kommission zur Verlängerung der Kampagne Gateway 3 bis 2007 und Planung von 6 Veranstaltungen in den Branchen Gesundheitsschutz, Baumaterial, Informations- und Kommunikationstechnologien, Innenarchitektur sowie Modedesign.

b) Zentrum für industrielle Zusammenarbeit EU/Japan

Das Zentrum für industrielle Zusammenarbeit EU/Japan wurde 1987 als gemeinsame Einrichtung der Europäischen Kommission und der japanischen Regierung gegründet und bietet eine Vielzahl zielgerichteter Programme für Personen, die eine Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten wünschen: Schulungsprogramme und themenorientierte Missionsprogramme für Geschäftsleute sowie Praktika in Unternehmen für Studenten Europas und Japans (im Rahmen des Vulcanus-Programms).

Das Zentrum für industrielle Zusammenarbeit führt diese Schulungsprogramme, an denen bisher über 1 600 Unternehmensmanager, Studenten und Forscher teilnahmen, bereits 15 Jahre durch. Ferner bietet das Informationszentrum Zugang zu einem breiten Spektrum an Informationsquellen für Unternehmen.

Das HRTP-Schulungsprogramm "Japan Industry Insight"

Dieses Programm richtet sich an Führungskräfte von Unternehmen der EU. Das HRTP wird zweimal jährlich organisiert und dauert durchschnittlich vier Wochen. Durch den Kurs sollen die Teilnehmer mit Hilfe praktischer Analysen und Untersuchungen einen umfassenden Einblick in die aktuellen Bedingungen japanischer Unternehmen erhalten. Hauptaugenmerk wird auf innerbetriebliche Schulungen im Unternehmens- oder Produktionsmanagement gelegt.

Von 1987 bis 2004 nahmen an dem Programm 452 Manager aus der EU teil. Seit 2003 zielt das HRTP auf Führungskräfte aus der EU ab, die für Filialen japanischer Unternehmen in der EU arbeiten.

Das VULCANUS-Programm

Dieses Programm wurde 1996 gestartet und ist für Studenten naturwissenschaftlicher Fachrichtungen oder des Ingenieurwesens an europäischen und japanischen Universitäten bestimmt. Ziel ist es, engere Beziehungen zwischen europäischen und japanischen Unternehmen herzustellen, indem Studenten achtmonatige Praktika ermöglicht werden. In diesem Zeitraum können die Studenten ihrem Gastunternehmen helfen, die Geschäftstätigkeit im Ausland auszubauen, und gleichzeitig wichtige kulturelle Einblicke in ihr Land geben.

2) Soziales und Beschäftigung

Dreiseitige Austauschprogramme

Seit 1992 bilden dreiseitige Austauschprogramme einen wesentlichen Teil der Zusammenarbeit EU/Japan in den Bereichen Beschäftigung und Soziales. Sie erleichtern den Erfahrungsaustausch in den Bereichen Soziales und Beschäftigung zwischen der Kommission, den europäischen Sozialpartnern (EGB und UNICE), dem japanischen Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales, dem japanischen Institut für Arbeit und Ausbildung und den japanischen Sozialpartnern (RENGO und NIKKEIREN). Der nächste Austausch soll im November 2006 organisiert werden.

3) Bildungswesen

Pilotprojekt der Zusammenarbeit EU/Japan im Hochschulwesen

Hauptziel dieses Projekts ist die Errichtung eines Rahmens für die Mobilität von Postgraduierten durch die Gründung eines Konsortiums von Hochschuleinrichtungen der EU und Japans. Das Konsortium soll ein gemeinsames Studienprogramm erarbeiten und seinen Studenten einen Studienaufenthalt im Ausland ermöglichen: für EU-Studenten in Japan und japanische Studenten in der EU. Das im Rahmen des Projekts zu schaffende Konsortium soll aus mindestens drei Hochschulen verschiedener EU-Mitgliedstaaten und drei Hochschulen Japans gebildet werden. Das Projekt wird von der GD Bildung und Kultur (Europäische Kommission) und dem japanischen Ministerium für Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie unterstützt.